

Gesundheits- und Fürsorgedirektion  
des Kantons Bern (GEF)  
Rathausgasse 1  
3011 Bern  
[PolitischeGeschaefte.gsi@be.ch](mailto:PolitischeGeschaefte.gsi@be.ch)

Bern, 9. Januar 2020

## **Gesundheitsstrategie des Kantons Bern 2020-2030 Vernehmlassungsantwort von *senesuisse* zum definitiven Dokument**

Sehr geehrter Herr Regierungsrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Als Verband der wirtschaftlich unabhängigen Alters- und Pflegeinstitutionen ist *senesuisse* ein Arbeitsgruppenmitglied und von den Themen direkt betroffen. Entsprechend äussern wir uns noch einmal gerne innert Frist zur Gesundheitsstrategie und danken für die Einladung dazu.

Als Vertreter wirtschaftlich denkender Leistungserbringer in der Alterspflege engagiert sich der Verband *senesuisse* für effiziente und deregulierende Lösungen im Bereich des Gesundheitswesens und wehrt sich gegen ständig steigende Bürokratie und zusätzlichen Administrativaufwand, die kaum nützen. Entsprechend **unterstützen wir die Strategie weitgehend, zumal sie mit wenigen Ausnahmen auf Prinzipien eines freiheitlichen Gesundheitssystems ohne unnötige und übermässige staatliche Eingriffe beruht.**

Nachdem wir uns bereits ausführlich zum Entwurf äussern konnten und die Rückmeldungen weitgehend in die vorliegende Schlussfassung eingeflossen sind, verzichten wir auf eine erneute ausführliche Rückmeldung. **Wir teilen mit, dass wir das vorgelegte Dokument gutheissen, auch wenn aus unserer Sicht die Alterspflege-Betriebe immer noch nicht den Stellenwert erhalten, welchen sie in der Versorgung tatsächlich spielen** (mit immerhin mehr als 300 Betrieben auf dem Kantonsgebiet). Wir hoffen, dass das weitgehende Fehlen des Altersbereichs nicht einfach die Einschätzung als Kostenübel wiedergibt, welches man lieber nicht hätte, sondern auch die guten und notwendigen Leistungen für die Bevölkerung mit vielen Arbeitsplätzen erkannt wird, für welche es in Zukunft ganz besonders eine (Teil-)Strategie braucht.

Gerne heben wir für die unterbreitete Strategie des Kantons Bern noch folgende Punkte hervor:

- In Zukunft wird – nebst der spezialisierten Medizin – der Schwerpunkt zu Recht auf die geriatrische und palliative Versorgung gelegt, welche weiter an Bedeutung zulegen werden.
- Die integrierte Versorgung ist zu fördern (was neu in die Einleitung aufgenommen wurde), auch gerade im geriatrischen Bereich, so dass etwa Pflegeheime sinnvolle/bezahlbare Angebote von Übergangspflege anbieten können.
- Leider wurde das Betreute Wohnen nicht in der Wichtigkeit aufgenommen, welche es für die Pflege und Betreuung von betagten Menschen in Zukunft haben wird (was nun auf Ebene Bund erkannt wurde und eine Umsetzung im Kanton Bern zur Folge haben muss).

- Die Ausbildungspflicht der nichtuniversitären Pflegeberufe hat sich bewährt, um den schon heute deutlich spürbaren Personalmangel zu bekämpfen. Es sind seitens Kanton Bern aber gerade im Bereich der Langzeitpflege (Spitex und Pflegeheime) Verbesserungen in der Leistungsfinanzierung nötig, damit die Arbeitsbedingungen fürs Pflegepersonal genügend attraktiv gehalten werden können.
- Die strikte Pflegeheimplanung mit fixen Obergrenzen muss abgeschafft werden, zumal sie die Entwicklung zukunftsfähiger Angebote unnötig beschränkt sowie den Qualitäts- und Preiswettbewerb unterbindet.
- Ein Ausbau der Kantonsvorgaben im Bereich der „Qualitätssicherung“ ist nicht nötig, die heute etablierten Vorkehrungen reichen; staatliche Interventionen mit Qualitätsindikatoren (zusätzlich zu jenen auf nationaler Ebene) führen in der Regel nur zu erheblichem Aufwand und falschen Anreizen ohne spürbare Qualitätsverbesserung.
- Angebote für Demenzbetroffene und Palliativpflege müssen ausreichend finanziert sein, damit weiterhin von einer qualitativ hochwertigen Versorgung gesprochen werden kann.
- Es ist sehr zu begrüßen, dass der Kanton Bern die Digitalisierung im Gesundheitswesen nicht überbewertet, sondern die Prioritäten auf die Gesundheitskompetenz, die Versorgung und das Pflegepersonal legt.
- In Kapitel 4.5 zu den Finanzen zeigen Sie auf, wie die Gelder der OKP auf die verschiedenen Leistungserbringergruppen verteilt werden, um diese zu finanzieren. Es wäre wünschenswert und interessant für die Bevölkerung auch die Verteilung der finanziellen Mittel des Kantons im Rahmen der OKP-Leistungen auf die verschiedenen Leistungserbringer wie Spitäler, Kliniken, Heime, Spitex etc. zu sehen. Daher regen wir an, hier eine entsprechende Grafik zu ergänzen.

Wir danken Ihnen für die geleistete Arbeit sowie für die Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen  
**sene**suisse

Christian Streit  
Geschäftsführer